

diese Weise „qualifiziert“ hatten, hielten die westdeutschen Monopolherren und ihre Hauptpartei, die CDU/CSU, angesichts der eigenen politischen Krise die Zeit für gekommen, einige sozialdemokratische Minister in ihre Regierung aufzunehmen. Damit sind die rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei von der Gemeinsamkeit der Auffassungen zur völligen Gemeinsamkeit des Handelns mit der Monopolbourgeoisie übergegangen. Durch ihre Kapitulation vor der CDU/CSU und ihren Eintritt in die Regierung des Monopolkapitals haben die rechten sozialdemokratischen Führer noch einmal eindeutig gezeigt, daß sie den Dialog bewußt zum Scheitern brachten, um der CDU/CSU ihre Koalitionsfähigkeit zu beweisen.

Unsere Partei hat bis zuletzt alles getan, um die westdeutsche Sozialdemokratische Partei vor diesem gefährlichen Weg ihrer rechten Führungsgruppe zu bewahren. Noch unmittelbar vor der Bildung der Regierung Kiesinger/Strauß teilte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genosse Walter Ulbricht, der sozialdemokratischen Führung in einem Brief die Bereitschaft mit, uns mit einer von der SPD geführten westdeutschen Regierung, die der neonazistischen, sozialreaktionären Entwicklung entschlossen entgegentritt, zu verständigen.

Die Initiative unserer Partei zum Gespräch mit der westdeutschen Arbeiterklasse hat eine große, bleibende politische Bedeutung. Ungeachtet der Tatsache, daß die rechten sozialdemokratischen Führer alle Vorschläge unserer Partei ablehnten, alle unsere Warnungen in den Wind schlugen und statt dessen in die Regierung des Monopolkapitals eintraten, haben die Aktionen unserer Partei vielen westdeutschen Arbeitern und Sozialdemokraten geholfen, die Fronten klarer zu erkennen. Unsere Initiative öffnete manchem die Augen über die Gefahren, die eine Unterwerfung unter den revanchistischen CDU/CSU-Kurs mit sich bringt. Sie belebt die politische Aktivität westdeutscher Arbeiter, Gewerkschafter, sozialdemokratischer Mitglieder, von Jugendlichen und humanistischen Intellektuellen und ermutigt den Kampf der demokratischen Kräfte in Westdeutschland. Der Widerspruch zwischen der Politik der sozialdemokratischen Führer, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus uneingeschränkt unterstützen, und vielen Mitgliedern, die nach einem „demokratischen Sozialismus“ streben, ist gewachsen.

Unsere Partei hat die Lage in Westdeutschland immer real eingeschätzt. Auf dem VI. Parteitag wurde im Parteiprogramm die Feststellung getroffen: „Zum Hauptinhalt der Ideologie des westdeutschen Imperialismus wurde der Antikommunismus ... Die Ideologie des staatsmonopolistischen